

## **Funktionärskonferenz der IG Metall Alfeld-Hameln-Hildesheim**

### **Schwitzer mobilisiert die Metaller im Weserbergland: Aufstehen für eine gerechte Politik**

**Alfeld/Eime/Hameln(wbn). Helga Schwitzer, geschäftsführendes Mitglied des Vorstandes der IG Metall, will in der Funktionärskonferenz der IG Metall Alfeld-Hameln-Hildesheim am kommenden Donnerstag in Eime die Metaller aus der Region zum „Aufstehen für eine sozial gerechte Politik“ auffordern.**

„Wirtschaftlicher Fortschritt und sozialer Rückschritt passen nicht zusammen“, macht Helga Schwitzer auf den grundlegenden gesellschaftspolitischen Dissens aufmerksam. Die IG Metall sieht die derzeitige Situation wie folgt: „Die Krisenverursacher rufen nach dem Staat, damit er die von ihnen selbst verursachten wirtschaftlichen Schäden mit riesigem finanziellem Aufwand abwendet. Gleichzeitig werden Gewinne gemacht und Boni für Manager ausgeschüttet.“

Fortsetzung von Seite 1

„Das Perfide ist, dass die dafür notwendigen Gelder den Menschen gestrichen werden, die während ihrer Erwerbstätigkeit den Sozialstaat finanziert haben“, erläutert der 2. Bevollmächtigte Uwe Mebs. „Sich am Sozialstaat bedienen und ihn gleichzeitig diffamieren lautet das Motto der Neoliberalen“, kritisiert Herbert Scheibe, 1. Bevollmächtigter, die Mentalität der Finanzwirtschaft und ihrer politischen Fürsprecher. Deshalb will die IG Metall mit ihrer Kampagne „Kurswechsel für ein gutes Leben“ erreichen, dass der solidarisch finanzierte Sozialstaat die idealen Rahmenbedingungen bietet, die notwendig sind, um allen Menschen eine wirkliche Chancengleichheit zu garantieren.

Die heimischen Gewerkschafter berufen sich dazu auch auf einen einst vielgelobten Kronzeugen der Konservativen: „Wohlstand für Alle“ ist nicht etwa die Formel einer neuen radikalen Gruppierung. „Wohlstand für Alle“ ist der Titel eines Buches von Ludwig Erhard und stellt zugleich die grundlegende gesellschaftliche Übereinkunft der deutschen Nachkriegsgesellschaft dar. Diese Übereinkunft sei seit langem gefährdet und werde jetzt durch die Politik der „wirtschaftlich Mächtigen“ in Frage gestellt.